



Seite 2 von 2

BMZ stehen im Austausch zu diesen Vorgängen mit den betroffenen deutschen Organisationen.

Mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) besteht Einverständnis, dass im Zusammenhang mit dem deutsch-peruanischen Regierungsabkommen über Zusammenarbeit im Rohstoff-, Industrie- und Technologiebereich weiterhin ein Dialog mit der Zivilgesellschaft gepflegt wird. Das BMWi hat in diesem Sinne in einem Schreiben vom 17. Juni an den Arbeitskreis Rohstoffe des Netzwerkes Powershift angekündigt, die am Thema interessierten Nichtregierungsorganisationen einzuladen, um den betroffenen Ressorts der Bundesregierung ihre Erkenntnisse und Bewertungen zur Lage des Bergbaus in Peru und zu einzelnen Bergbauprojekten vorzutragen.

Im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sind uns Achtung, Schutz und Gewährleistung der Menschenrechte und Förderung einer nachhaltigen Entwicklung sowie der Schutz natürlicher Ressourcen ein wichtiges Anliegen. In diesem Sinne wird beispielsweise das peruanische Umweltministerium bei der Fortentwicklung und Umsetzung der nationalen Umweltpolitik beraten. Im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes wird die peruanische Ombudsbehörde Defensoría del Pueblo in ausgewählten Regionalbüros und die Regionalregierung von Ayacucho bei der zivilen Bearbeitung und Transformation von Umwelt- und Ressourcenkonflikten unterstützt.

Ich danke Ihnen für Ihr Engagement für den Schutz der Menschenrechte in Peru.

Mit freundlichen Grüßen